

Blickpunkt

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **59 (1979)**

Heft 3

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

EIN AUSSENMINISTER OHNE FORTÜNE?

Schweizerische Aussenminister tun sich anscheinend schwer. Ist es ruhig um sie – wie das bei den beiden Vorgängern von Herrn Aubert weitgehend der Fall war –, dann sehen sie sich einer eher frostigen öffentlichen Meinung gegenüber. Weder der «Lord von Aussersihl», wie Bundesrat Spühler genannt zu werden pflegte, noch der «Grandseigneur aus dem Waadtland», Pierre Graber, verfügten über das, was man eine «gute Presse» nennt. Bundesrat Aubert seinerseits hat sich offensichtlich vorgenommen, der Aussenpolitik neue Impulse zu geben, blieb aber bisher ebenfalls ohne Fortüne. Bereits vor Amtsantritt machte er durch zu wenig kontrollierte Formulierungen negative Schlagzeilen. Und nun ist ihm auch die erste diplomatische Aktion grösseren Stils eher schlecht bekommen. Einzelne seiner Äusserungen in Afrika wirbelten Staub auf und lösten schliesslich eine eigentliche Welle der Kritik aus, die im März auch das eidgenössische Parlament beschäftigen wird.

Nun wird man gerechtigkeitshalber festhalten müssen, dass die Aussenpolitik unseres neutralen Kleinstaates von jeher einen Sonderfall auf internationalem Parkett darstellte. Es geht ihr naturgemäss nicht nur jede machtpolitische Komponente ab, sondern sie ist auf dem Hintergrund der schweizerischen Neutralitätsdoktrin auch darauf festgelegt, sich keinesfalls in «fremde Händel» etwa im Stile

schwedischer Regierungschefs einzumischen, und sei dies auch nur verbaler Art. Sie beschränkt sich im wesentlichen auf die Pflege universaler Beziehungen, die bisher vor allem im Zeichen diplomatischer und humanitärer «guter Dienste» standen. Seit dem Zweiten Weltkrieg kam zwar als neuer Schwerpunkt die Aussenhandelspolitik dazu, deren Auftrag es ist, die Handelsströme mit politischen Mitteln offen zu halten. Bezeichnenderweise gehört diese Handelspolitik aber nicht zum Pflichtenheft des Politischen Departements, sondern zu jenem unseres Wirtschaftsministeriums. Daran wird sich vorläufig auch nichts ändern, nachdem die Zuordnungsfrage in den letzten Jahren einmal mehr gründlich geprüft und schliesslich zugunsten des Status quo entschieden worden ist.

Mit zum Bild der schweizerischen Aussenpolitik gehört im übrigen die Tatsache, dass sich die Öffentlichkeit nicht allzusehr um sie kümmert, was wiederum dazu geführt hat, dass die aussenpolitischen Experten der Bundesversammlung nach wie vor fast an einer Hand abzuzählen sind. Um so bedauerlicher ist es, dass sich die hiezulande ohnehin spärliche aussenpolitische Diskussion in letzter Zeit praktisch in Polemiken um wirkliche oder vermeintliche Missgeschicke erschöpft. Hier ist eine Korrektur fällig. Und es bleibt zu hoffen, dass Bundesrat Aubert das Seine dazu beiträgt – nicht in dem Sinne, dass er resigniert

und sich möglichst rasch hinter diplomatischer Routine verschanzt, sondern indem er Möglichkeiten und Grenzen aussenpolitischer Aktivitäten präziser abschätzt und auch präziser formuliert. Wir *brauchen* eine aktive

Aussenpolitik – aktiv aber im Rahmen unserer bewährten Grundsätze und *ohne* forcierte «Dynamik», der die politische Substanz notgedrungen abgehen muss.

Richard Reich

VERGESSENE DRITTE SÄULE

Das wichtigste schweizerische Sozialwerk, die AHV, ruht konzeptionell bekanntlich auf *drei* Säulen. Die erste bezieht sich auf den staatlichen Anteil an der Alters- und Hinterlassenenversicherung. Sie hat seit ihrer Existenz einen starken Ausbau erfahren; neun Revisionen zeugen vom politischen Willen, diesem Pfeiler eine tragende Funktion zuzuweisen. Die zweite Säule, die berufliche Altersvorsorge, hat ebenfalls schon einen beachtlichen Umfang angenommen. Um ihre endgültige Form wird im politischen Kräftefeld momentan – und vermutlich noch auf einige Zeit – heftig gerungen. Nur von der dritten Säule, der *individuellen Altersvorsorge*, spricht niemand. Sie scheint keine politische Attraktivität zu haben. Ist sie im Gerangel um eine «optimale» Sozialpolitik, weil politisch zu wenig dividendenträchtig, untergegangen?

Jede Wirtschaftspolitik, so auch die Sozialpolitik, muss sich letztlich auf dem Hintergrund jener *Werte* rechtfertigen, die die marktwirtschaftliche Ordnung prägen. Die Marktwirtschaft geht in ihrer Grundkonzeption vom *Individuum* aus. Sie muss deshalb notwendigerweise eine dezentrale Entscheidungsstruktur aufweisen. Nur unter dieser Voraussetzung ist Gewähr dafür geboten, dass sich der

Produktionsapparat in der Tendenz an den Bedarfsprofilen der Konsumenten orientiert. Der Einzelne soll die Chance haben, im Rahmen eines möglichst grossen individuellen Freiheitsraums über die Einkommensverwendung eine Bedarfsdeckung zu erreichen, die *seiner* Prioritätenskala entspricht. In dieser Ordnung, die auf dem liberalen Gedankengut aufbaut, spielt mithin die *Selbstverantwortlichkeit* des Einzelnen eine grosse, wenn nicht eine entscheidende Rolle.

Die Selbstverantwortlichkeit als Gegenstück zur gleichmacherischen Philosophie des totalen Wohlfahrtsstaates muss natürlich auch in der Sozialpolitik ihren gewichtigen Platz haben. Selbstverantwortlichkeit kann jedoch nicht wirtschaftspolitische Abstinenz heissen. Vielmehr sind jene *Rahmenbedingungen* zu schaffen, die das Sparverhalten in Richtung auf soziale Selbstvorsorge «steuert». Zwar sind die Schweizer fleissige Sparer. Die Entwicklung zeigt aber, dass im Volumen der Gesamtersparnisse der Anteil des Zwangssparens offenbar ständig steigt. Dieser Trend bedarf der wirtschaftspolitischen Aufmerksamkeit, wenn das Drei-Säulen-Prinzip auch in Zukunft seine Glaubwürdigkeit soll erhalten können.

Willy Linder